



Freie und Hansestadt Hamburg

Behörde für Schule und Berufsbildung

Behörde für Schule und Berufsbildung
Postfach 76 10 48, D - 22060 Hamburg

An die
Schulleitungen, Lehrerinnen und
Lehrer, Schülerinnen und Schüler, Eltern
sowie Sekretariate, Hausmeister,
Betriebsarbeiter aller staatlichen Schulen
und Schulen in freier Trägerschaft in der
Freien und Hansestadt Hamburg

Die Senatorin

Hamburger Str. 31
D - 22083 Hamburg
Telefon 040 - 4 28 63 - 20 21
Telefax 040 - 4 28 63 - 46 26

Hamburg, im April 2009

Liebe Schülerinnen und Schüler,
liebe Eltern,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

die ersten Regionalen Schulentwicklungskonferenzen haben bereits ihre Arbeit abgeschlossen. Bis zum 15. Mai liegen alle Empfehlungen aus den 22 Regionen vor. Damit kommt die Hamburger Bildungsoffensive wieder einen großen Schritt voran.

Im Namen der Behörde für Schule und Berufsbildung bedanke ich mich schon heute für das große Engagement aller Beteiligten. In diesem Schulbrief möchte ich auf einzelne umstrittene Argumente aus der Diskussion um die Schulreform eingehen – damit mehr Klarheit in die Debatte kommt.

Das Tempo der Reform: Schritt für Schritt

Die Schulreform ist ein großes Vorhaben. Deshalb gibt es die Befürchtung, dass die Primarschule zu schnell eingeführt werde, so dass die Schulen und die Lehrerinnen und Lehrer nicht ausreichend auf die neue Lernkultur vorbereitet seien.

Bei der Einführung der Primarschule, der Stadtteilschule und des sechsstufigen Gymnasiums gehen wir behutsam Schritt für Schritt vor. Im Jahr 2010 geht es in den Primarschulen mit den ersten und den vierten Klassen sowie in den Gymnasien und in den Stadtteilschulen mit den siebten Klassen los. In diesen drei Jahrgängen werden zunächst die Neuerungen eingeführt. Dazu zählen z.B. die Jahrgangsteams bei den Lehrerinnen und Lehrern, neue Stundentafeln und Bildungspläne, neue Formen der Leistungsrückmeldung mit den regelmäßigen Gesprächen zwischen Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrkräften, in denen der Leistungsstand der Schüler besprochen und ein individueller Förderplan vereinbart wird. Viele Schulen haben mit den Planungen, welche Lehrerinnen und Lehrer in den ersten Jahrgängen der neuen Schulformen arbeiten werden, bereits begonnen. Seit Anfang 2009 bereiten sich Lehrerinnen und Lehrer in Fortbildungen gezielt darauf vor. Ab 2010 wird dann jedes Jahr ein weiterer Jahrgang in den Primarschulen und in den weiterführenden Schulen in die neue Schulstruktur und Lernkultur hineinwachsen.

Der Unterricht: Klassenlehrer bleiben

Auch eine Abschaffung von Klassengemeinschaften und Klassenlehrern wird befürchtet. Das Prinzip der Klassenlehrerin bzw. des Klassenlehrers bleibt jedoch vollständig erhalten. Dies ist auch im § 11 des Referentenentwurfs für das neue Schulgesetz so formuliert. Natürlich soll auch weiterhin die wichtige emotionale Bindung der jungen Schülerinnen und Schüler an die Lehrkräfte gefördert werden. Durch die Einbindung von Klassen- und Fachlehrern in ein Team, das für einen ganzen Jahrgang zuständig ist, werden zudem Beziehungen eher gestärkt und Vertrauen geschaffen.

Die Klassen können zukünftig auch jahrgangsübergreifend zusammengesetzt sein. Auch in diesem Fall lernen die Kinder weiterhin in einer konstanten Gruppe und haben einen festen Raum – aber nicht alle lernen zur gleichen Zeit das Gleiche. Dass diese Form der individuellen Förderung funktioniert, kann man in einigen Hamburger Schulen bereits heute erleben. Selbstverständlich gibt es auch Unterrichtsstunden, in denen die Lehrerinnen und Lehrer allen zusammen von der Tafel aus etwas erklären oder in denen die Klasse in Kleingruppen geteilt wird.

Der Schulweg: Kurze Wege für Schüler

Eine andere Befürchtung ist, dass Schüler zwischen den Standorten pendeln müssen – und damit viel wertvolle Zeit verloren geht. Auch in Zukunft sollen Schülerinnen und Schüler in der Regel nicht zwischen verschiedenen Schulstandorten pendeln. Allerdings kann es durchaus sein, so wie bisher auch, dass Schülerinnen und Schüler für ein besonderes Angebot an eine Nachbarschule gehen.

Elternwahlrecht: Bessere Rückmeldungen, mehr Gerechtigkeit

Für die Wahl der weiterführenden Schule wird es ein neues Verfahren geben. Damit möchten wir erreichen, dass nach der 6. Klasse bessere und fairere Prognosen für den weiteren Bildungsweg getroffen werden.

Da die Aufteilung der Schülerinnen und Schüler nach der 4. Klasse wegfällt, gibt es künftig an dieser Stelle auch keine Entscheidungsmöglichkeit der Eltern mehr über die weiterführende Schulform. Nach der 6. Klasse können Schülerinnen und Schüler in das Gymnasium übergehen, wenn die Zeugniskonferenz ihnen bestätigt, dass sie die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Besuch des Gymnasiums erfüllen. Dieses ist nicht neu, denn auch bislang ist der Besuch des Gymnasiums ab der 7. Klasse allein von den schulischen Leistungen abhängig.

Wichtig ist, dass der Beschluss der Zeugniskonferenz gut begründet und nachvollziehbar ist. Deshalb sollen Schülerinnen und Schüler zukünftig mehr und bessere Informationen über ihren Leistungsstand erhalten. Neben den fachlichen Leistungen gehen auch die Einschätzungen der Lehrerinnen und Lehrer über die überfachlichen und sozialen Kompetenzen sowie die Selbsteinschätzung der Schülerinnen und Schüler in die Entscheidung über die weitere Schullaufbahn ein. Ausführliche Beratungsgespräche mit den Eltern sind selbstverständlich.

Gymnasium und Stadtteilschule: Zwei gleichwertige Wege bis zum Abitur

Alle Schülerinnen und Schüler können nach der 6. Klasse auf eine Stadtteilschule übergehen und dort vom ersten allgemeinbildenden Schulabschluss (Ende der Klasse 9 oder 10) bis zum Abitur alle Abschlüsse erlangen. Auswählen können Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern auch weiterhin die konkrete Schule, auf die sie gerne gehen möchten. Wer eine Berechtigung für das Gymnasium hat, kann dabei

auch zwischen Gymnasien und Stadtteilschulen wählen. Hier können die Vorlieben für bestimmte Profile, für Freunde oder den kürzesten Schulweg zum Tragen kommen.

Gymnasien: Keine 30-Prozent-Quote

Ein wichtiges Ziel der Schulreform ist es, mehr Schülerinnen und Schüler zum Abitur zu führen. Hamburg braucht alle Talente und will alle bestmöglich fördern. Deshalb wird es keine Begrenzung der Schülerzahlen – zum Beispiel auf eine Quote von 30 Prozent der Schüler – für den Übergang auf die Gymnasien geben. Eine Schließung oder Umwandlung von Gymnasien ist im Zusammenhang mit der Bildungsoffensive nicht gewollt und bestimmt in den Regionalen Schulentwicklungskonferenzen auch nicht die Diskussion.

Die Schulprofile: Mehr Bildungsvielfalt

Eine andere Befürchtung ist, dass traditionelle und erfolgreiche Profile einzelner Schulen in Zukunft nicht mehr angeboten werden. Wir versprechen uns von der Reform das Gegenteil: In Zukunft sollen auch die Primarschulen besondere Profile anbieten – und zwar solche, die von den Eltern einer Region für ihre Kinder gewünscht werden. Dies gilt auch für Fremdsprachen, die die Kinder bereits in der Primarschule lernen können. Primarschulen sollen zukünftig mit Stadtteilschulen und Gymnasien bei der Bildung von Profilen eng miteinander kooperieren – um möglichst vielen Schülerinnen und Schülern einen Bildungsweg ohne Umwege und Brüche zu ermöglichen. In den Regionalen Schulentwicklungskonferenzen haben alle Schulen an einem Tisch gesessen, um über sinnvolle Kooperationen und notwendige Bildungsangebote zu beraten. Wenn im Sommer der Vorschlag für die neuen Schulstandorte vorliegt, kann die Zusammenarbeit weiter vertieft werden. Am Ende bedeutet dies mehr Bildungsvielfalt als bisher.

Die Raumfrage: Gute Schule braucht gute Räume

Mit der Reform des Hamburger Schulwesens geht die große Chance einher, moderne Räumlichkeiten für eine moderne Pädagogik zu schaffen. Durch die Neuorganisation des Schulbaus und die zusätzlichen finanziellen Mittel aus dem Hamburger Konjunkturprogramm sowie aus denen des Bundes können die Schulen ihre Räume fit für die Zukunft machen. Ausgehend von dem bestehenden Raumbestand erarbeiten die Regionalen Schulentwicklungskonferenzen zurzeit Vorschläge für die künftige Schulstruktur in ihrer Region. In einigen Regionen wird es allerdings auch Zubaubedarf geben. Nach Abschluss der Regionalen Schulentwicklungskonferenzen wird die Schulbehörde alle Empfehlungen genau prüfen und insbesondere auch den Sanierungsbedarf und die Notwendigkeit von Umbaumaßnahmen für Fachräume prüfen.

Die Hamburger Bildungsoffensive hat große Ziele. Die Behörde für Schule und Berufsbildung unternimmt nun die notwendigen Anstrengungen, um den Worten auch Taten folgen zu lassen. Ich freue mich, wenn wir bei dieser herausragenden Chance gemeinsam gute Schulen für Hamburg realisieren.

Ihre

